

AL INFO

www.al-zh.ch

Hotel Suff – So nöd!



Willkommen

Hotel Suff. Komitee will den Stadtrat mit Einsprachen zur Anpassung der unverhältnismässigen und ungesetzlichen Gewahrsamsnahmen mit Kostenfolge zwingen. **Seite 2**



Spitalfinanzierung. Warum die AL Nein sagt zu Managed Care und den VPOD-Gegenvorschlag zum Spitalfinanzierungsgesetz unterstützt. **Seite 3**

Kinderbetreuung ist kein Kinderspiel

Catherine Rutherford | **Am 4. April führte der Zürcher Gemeinderat eine grosse Kinderbetreuungsdebatte. Dazu ein paar Gedanken von AL-Gemeinderätin Catherine Rutherford.** Kinderbetreuung ist anspruchsvolle Arbeit. Viele Eltern sind mehr oder weniger überfordert. TV-Sendungen wie «Super Nanny» zeigen den normalen Wahnsinns-Alltag und wie eine aussenstehende Person unterstützen kann. Auch in der Stadt Zürich gibt es für Eltern verschiedene Beratungsangebote, um die nicht immer einfache Aufgabe zu bewältigen. Denn es ist klar: ein friedliches und stabiles zu Hause für jedes Kind ist enorm wertvoll. Ebenso wichtig ist die Qualität der Betreuung ausser Haus, sei es in der Krippe, im Hort oder in der Schule. Auch die Schule war nie nur ein Ort der Wissensvermittlung. Sie war schon immer auch ein Ort der Erziehung und Sozialisation. Die Fremdbetreuung in

Krippen und Horten soll nicht nur eine «Gepäckaufbewahrung» sein. Sie soll ein zweites friedliches und stabiles zu Hause sein. Ein Ort, wo Erziehungsarbeit geleistet wird, wo Beziehungen entstehen, wo auch Rückzug und Ruhe möglich ist. Seit der Volksabstimmung «Kinderbetreuung konkret» vom Juni 2005 ist folgender Grundsatz in der Gemeindeordnung verankert: «Die Stadt Zürich gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breitgefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht. Eine vom Gemeinderat zu genehmigende Verordnung regelt den Elternbeitrag nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und die subventionierten Leistungen».

Kinderbetreuung kostet ...

Es war schon damals klar, dass dieses Ziel nur mit einem erheblichen Mittelaufwand erreicht werden kann. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren die städtischen Aufwendungen für

Krippen von heute 60 auf 90 Millionen und die städtischen Aufwendungen für Horte von heute 100 auf über 200 Millionen Franken erhöht werden müssten. Heute diskutieren wir leider nicht, wie wir diese Mittel bereitstellen können, wie wir die Prioritäten in unserer Stadt setzen wollen. Wir streiten nur um die Frage, mit welchen Sparmassnahmen wir die Kosten senken können. Hier ist ein gefährliches «Spiel» im Gange. Wir riskieren die Qualität wegzusparen.

... und lohnt sich. Lehrmeister beklagen, es gebe zu wenig «brauchbare» Schulabgänger. Der Nachwuchsaufbau beginnt zu Hause, in der Krippe, im Hort, in der Schule, im Verein. Frühe Investition in den Nachwuchs lohnt sich. Gute Krippen, Horte, Tagesschulen sind ein doppelter Gewinn. Eltern bleiben im Berufsleben, die Kinder werden während der Arbeitszeit nicht nur beaufsichtigt, sondern in einem vertrauten Rahmen auch vielseitig gefördert. Dieser doppelte Gewinn kostet einiges. Wer soll bezahlen? Die Steuerzahler, die Eltern oder auch die Unternehmen? Darüber sollten wir diskutieren.

AL FINANZEN

In der Kasse der AL hat es noch einige Löcher. Unser Kassier jubelt über jeden Franken.

Alternative Liste Zürich, PC 87–63811–5



Manuela Schiller ist Anwältin in Zürich

Komitee setzt sich zur Wehr

Hotel Suff – so nöd!

Manuela Schiller | In Zürich werden jedes Wochenende rund 10 Personen zwangsweise in die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS) gebracht. In den ersten 86 Wochenenden waren es 911 Personen. Begründung: Selbst- oder Drittgefährdung. Der Gemeinderat hat das Pilotprojekt gegen die Stimmen der AL bis 2015 verlängert. Ein Komitee aus DJZ, augenaufl, AL, Juso, Junge Grüne und JuLiA wehrt sich dagegen und ruft dazu auf, sich zu wehren. Auf der Homepage (s.u.) gibt es Mustereinsprachen, zudem wird eine E-Mail-Beratung angeboten.

Erfolgreiche Einsprachen Meist sind schon die Voraussetzungen für die «Gewahrsamnahme» nicht gegeben. 70 % der von Polizei oder SIP «Eingesammelten» hatten weniger als 2‰ intus, bei 10 % waren es sogar weniger als 1‰. Dieser meist unnötige Service ist zudem teuer: bis zu drei Stunden kosten Fr. 600.–, längere Aufenthalte gar Fr. 950.–. Neu soll der ZAS-«Service» ausgeweitet und die ganze Woche angeboten werden. Wie eine Anfrage von AL-Gemeinderat Walter Angst ergab, hatten sich bis Ende Februar 2012 42 Personen gewehrt. In 20 Fällen wurde die Kostenverfügung aufgehoben, 12 Einsprachen sind noch hängig. 5 Personen haben vorzeitig aufgegeben, nur 5 Einsprachen hat der Stadtrat abgewiesen. Eine hohe Erfolgsquote.

Unverhältnismässig. § 25 des Polizeigesetzes sieht vor, dass die Polizei eine Person in Gewahrsam nehmen darf, wenn sie sich selbst, andere Personen, Tiere oder Gegenstände ernsthaft und unmittelbar gefährdet. Dieser Gewahrsamsgrund wird bei Betrunkenen oder Zugedröhnten nur ausnahmsweise erfüllt sein. Aber auch dann gilt es, den Verhältnismässigkeitsgrundsatz einzuhalten. In vielen Fällen wird es möglich sein, die Situation ohne polizeilichen Gewahrsam (= Freiheitsentzug) mit einem weniger weit gehenden Mittel zu lösen. Und einen Gewahrsamsgrund «Störung der öffentlichen Ordnung» gibt es bei uns nicht.

Ungesetzliche Kostenaufgabe. Selbst wenn ausnahmsweise die Mitnahme in die Ausnüchterungszelle sinnvoll und rechtens war, so ist es die Kostenaufgabe trotzdem nicht. Es gibt dafür keine genügende gesetzliche Grundlage. Zudem sind die Kosten zu hoch und haben eindeutig Straf-Charakter. So kostet z.B. ein 24h-Aufenthalt in der geschlossenen Strafanstalt Pöschwies (Normalvollzug) gemäss Gebührentarif des Ostschweizer Konkordats pro Tag Fr. 301.–. Eine Nacht in der Nachtambulanz der PUK Zürich kostet einen Selbstzahler Fr. 348.–.

www.hotelsuff-sonoed.ch

ALPAROLEN

17. Juni 2012

BUND

Volksinitiative Bausparen. Zweite Steuer-Mogelpackung des Hauseigentümerverbands mit Steuerschlupflöchern für Gutverdienende, die sich Wohneigentum ohnehin leisten können. Infos. www.bausparen-nein.ch **NEIN**

Volksinitiative Staatsverträge vors Volk. Zwängerei der AUNS, die Staatsverträge obligatorisch zur Abstimmung bringen will, um sie via Ständemehr – das beim fakultativen Referendum nicht gilt – abzuschliessen. **NEIN**

Revision KVG (Managed Care) **NEIN**

KANTON

Steuergesetz (Unternehmenssteuerreform) **NEIN**

Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz. A. Hauptvorlage **NEIN**

Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz. B. Variante mit Stützungsfonds **JA**

Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz. C. Gegenvorschlag VPOD **JA**

Stichfrage 1 **2B**

Stichfrage 2 **2C**

Verkehrsabgabengesetz **JA**

Volksinitiative «Der Kunde ist König!» (freie Ladenöffnungszeiten) Freisinnige Initiative für die Rund-um-die-Uhr-Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ohne jede Schutzmassnahme für das Verkaufspersonal. **NEIN**

Volksinitiative «JA! Freie Schulwahl für alle ab 4. Klasse!» Die Elternlobby Zürich verlangt eine Mitfinanzierung von Privatschulen. Allein für die 5'500 gegenwärtigen SchülerInnen von Privatschulen würde das 64 Mio Franken kosten. Die integrative Wirkung der Volksschule würde geschwächt. **NEIN**

Kulturlandinitiative der Grünen. Die Initiative verlangt, dass wertvolle Landwirtschaftsflächen und Flächen von besonderer ökologischer Bedeutung wirksam geschützt werden und in ihrem Bestand und ihrer Qualität erhalten bleiben. **JA**

Stadt Zürich

Baulinienrevision Affoltern **JA**

KMU-Artikel Gemeindeordnung. Gegenvorschlag zu 2 Anti-Bürokratie-Initiativen der FDP: Bürokratie soll mit einer neuen Bürokratie bekämpft werden – zu diesem Leerlauf sagen wir **NEIN**



David Winizki ist Mitglied der Vereinigung Unabhängiger Ärztinnen und Ärzte

Revision Krankenversicherungsgesetz:

Managed Care – Mogelpackung!

David Winizki | **Gegen die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) zur ambulanten Gesundheitsversorgung der Zukunft (Managed Care) wurde das Referendum ergriffen.** Das recht heterogene Referendumskomitee reicht von konservativen ärztlichen Kreisen mit der Hauptforderung «Nein zum Zwang zur Managed Care» bis zum linken Komitee «Nein zur Managed Care-Mogelpackung» mit VPOD, SGB,

SP, VSAO (Assistenz- und Oberärzte), VUA und Alternative Liste. Managed Care (MC), zu deutsch «Verwaltete Gesundheitspflege», sieht vor, dass PatientInnen eine(n) verantwortliche(n) Ärztin/Arzt bestimmen, die sie mit ihren Anliegen als ersten aufsuchen und die falls nötig die Überweisung an andere medizinische Leistungserbringer veranlassen und die Krankengeschichte führen. Ein solches Hausarztmodell wäre an sich eine

gute Sache, aber bei der MC-Vorlage sind zu viele zu dicke Kröten dabei:

1. Statt den Selbstbehalt für MC-Verträge zu senken, wird dieser für Nicht-MC-Verträge von heute 10 auf 15% erhöht – Selbstbeteiligungen im Gesundheitswesen sind grundsätzlich unsozial.
2. In MC-Verträgen gilt obligatorisch eine Budgetverantwortung der ÄrztInnen: diese bekommen jährlich im Voraus einen Maximalbetrag zur Behandlung ihrer PatientInnen mit einem Bonus-Malus-System für dessen Über-/Unterschreiten, was zu Rationierungen und Zweiklassenmedizin führen kann.
3. Die demokratisch weder legitimierten noch kontrollierbaren Krankenkassen erhalten durch die MC-Vorlage viel zu viel Macht über die Gestaltung des ambulanten Gesundheitswesens.



Am 4. April demonstrierten 300 Betroffene gegen Sparmassnahmen beim Ausbau der städtischen Horte. Mit einer von 3'500 Personen unterzeichneten Petition «Hortausbau mit Qualität» wehren sie sich gegen Qualitätsverschlechterungen für die Kinder (Reduktion der Fläche von 4m² auf 2m² pro Kind) und beim Personal (weniger Ferien, vermehrter Einsatz von weniger qualifiziertem Personal).

Spitalfinanzierung

Nicht auf dem Buckel des Personals

Ernst Joss | **Wichtig ist, dass auch nach Einführung der Fallkostenpauschalen auf Anfang Jahr alle Spitäler mit ausreichendem und qualifiziertem Personal arbeiten.** Die Spitäler dürfen zudem ihre Rechnung nicht auf Kosten des Personals verbessern. Der VPOD hat daher das konstruktive Referendum zum Spitalplanungs- und finanzierungsgesetz ergriffen. Die AL unterstützte die Lancierung. Das Referendum verlangt,

dass alle Spitäler Anstellungsbedingungen gewährleisten welche dem Personalrecht des Kantons Zürich entsprechen. Nur dies gibt gleich lange Spiesse für sämtliche Spitäler im Kanton Zürich und schützt das Personal vor Ausbeutung.

Gleichzeitig erhalten wir die Möglichkeit über den Zukunfts- und Stützungsfonds abzustimmen. Dieser Fonds wurde vom Kantonsrat aus dem Regierungsantrag gestrichen. Mit ihm würde

insbesondere das Kinderspital unterstützt, aber auch andere Spitäler welche in Bedrängnis geraten. Gespiessen würde der Fonds durch Zusatzeinnahmen von Spitälern mit überobligatorischen Versicherten. Kein Wunder laufen vor allem Privatspitäler Sturm gegen diesen Fonds. Sie fürchten um ihre satten Gewinne.

Die AL setzt sich für den Gegenvorschlag des VPOD und für die Variante mit Zukunfts- und Stützungsfonds ein.



Niklaus Scherr koordiniert die AL-Kampagnen gegen Steuergeschenke für Reiche

Nach den steuerfreien Merz-Dividenden

Keine neue Steuergeschenke

Niklaus Scherr | **Dank der skandalösen Unternehmenssteuerreform des Bundes schützen grosse Schweizer Firmen – ABB, Credit Suisse, Zürich Versicherung etc. – seit 2011 Jahr für Jahr mehr als 10 Milliarden Franken steuerfreie Dividenden aus.** Die Steuergesetzrevision, über die wir am 17. Juni abstimmen, soll den Unternehmen weitere Steuergeschenke bringen. Neu sollen sie ihre Gewinnsteuern an die geschuldeten Kapitalsteuern anrechnen können. Damit würde die Besteuerung des Firmenkapitals praktisch abgeschafft. In den Genuss kämen nur Firmen, die überhaupt einen steuerbaren Gewinn erzielen. Das ist bei zwei Dritteln gar nicht der Fall.

Für KMU ist die Kapitalsteuer kein wesentlicher Belastungsfaktor: bei einem Kapital von 100'000 Franken beträgt sie gerade mal 164 Franken. Profitieren würden vor allem kapital- und gewinnstarke Firmen, vorab Banken, Versicherungen und Grosskonzerne.

Mindestens 120 Mio Franken Steuerausfälle. Bereits mit der Steuerreform 2005 (Halbierung des Steuersatzes) sackten die Kapitalsteuererträge des Kantons von 162 auf 86 Mio. ab. Mit der jetzigen Revision resultieren für Kanton und Gemeinden weitere Ausfälle von je 55 – 70 Mio. Franken pro Jahr. Da rund drei Viertel der Kapitalsteuern in der Stadt Zürich anfallen, hätte diese auch drei Viertel der Ausfälle

le auf Gemeindeebene zu tragen – das sind drei Steuerprozente. Jeder Franken, der in den öffentlichen Kassen fehlt, muss mit Leistungsabbau oder höheren Steuern für uns alle kompensiert werden!

Nein zur Umverteilung. Der Kantonsrat hat die de-facto-Abschaffung der Kapitalsteuer gegen den Antrag des Regierungsrates beschlossen, der Zürich bei den juristischen Personen im internationalen Vergleich «nach wie vor sehr gut positioniert» sieht und «angesichts der sich schwerwiegend verschlechternden Finanzlage» auf eine Entlastung verzichten wollte. Nach dem erfolgreichen Nein vom 15. Mai 2011 zu neuen Steuerprivilegien für Superreiche können wir mit einem NEIN am kommenden 17. Juni der Umverteilung von unten nach oben erneut einen Riegel schieben!



Unter dem Motto «Merz hat uns einen Bären aufgebunden» haben Aktivistinnen und Aktivisten der Alternativen Liste Zürich (AL) am 13. April vor dem Hallenstadion anlässlich der Generalversammlung der Swiss Re in Bärenkostümen und mit Merz-Masken gegen die Ausschüttung von 1'028 Millionen Franken steuerfreier Dividenden protestiert. Die Demonstranten verteilten sich gegenseitig Millionen-Dividenden-Coupons in einen Honigtopf. Auf Transparenten forderten sie «Schluss mit den Merz-Dividenden!» und «Keine neuen Steuergeschenke an Banken!» Sie erklärten: «Wir lassen uns nicht nochmals bescheissen!».

ALTERMINE

Samstag, 28. April 14–02h,

Zeughausareal: 1.-Mai-Fest

Sonntag, 29. April 14–24h,

Zeughausareal: 1.-Mai-Fest

Dienstag, 1. Mai 12–18h,

Zeughausareal: 1.-Mai-Fest

Dienstag, 1.-Mai 9h30, Lagerstrasse:

Besammlung 1.Mai-Kundgebung

Dienstag, 15. Mai 19h30,

Gemeinschaftsraum Hellmi:

AL-Jahresversammlung.

ALIMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Sonja Baljsevic

Molkenstr. 21, 8004 Zürich

Mail sekretariat@al-zh.ch

Telefon 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Redaktion Niklaus Scherr